

Pressemeldung vom 11. März 2016

Vor den Landtagswahlen: Wahlkampf gegen Flüchtlinge hat weitreichende Folgen

Rat für Migration sieht Landespolitik in der Pflicht

Am 13. März finden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz statt. Ein zentrales Thema im Wahlkampf ist die Flüchtlingspolitik. Der Rat für Migration beobachtet mit großer Sorge, dass das Thema für diesen Zweck missbraucht wird:

„Rechtspopulistische Parteien wie die AfD versuchen, Wähler zu gewinnen, indem sie die Abwehr von Flüchtlingen fordern und Schutzsuchende als Bedrohung darstellen“, stellt Soziologe Prof. Dr. Albert Scherr fest. Das habe Konsequenzen, die auch über die anstehenden Wahlen hinausreichen: „Es ist zu befürchten, dass die aktuelle Debatte die politische Kultur der Einwanderungsgesellschaft nachhaltig beeinflussen wird – dass sie nationalistischer, illiberaler und undemokratischer wird.“

Der ideologische Kern des gegenwärtigen Rechtspopulismus sei ein ausgrenzender Nationalismus: „Völker- und menschenrechtliche Grundsätze werden unter dem Vorwand aufgekündigt, nationale Interessen zu verfolgen“, erklärt Sozialpsychologe Prof. Dr. Andreas Zick. „Asylsuchende, People of Colour und alle, die sich für sie einsetzen, werden als ‚Feinde‘ definiert und abgewertet. Das ist eine Gefahr für die Demokratie, die sich an der Qualität der Integration von allen bemisst, die in ihr leben“, so Zick.

Mit großer Sorge beobachtet der Rat für Migration, dass sich die AfD zunehmend radikalisiert und dennoch bis weit in bürgerliche soziale Milieus hinein mobilisieren kann. Bei den Kommunalwahlen in Hessen errang die AfD aus dem Stand landesweit knapp 12 Prozent. Und das, obwohl sie mit einem Personal angetreten ist, das nicht nur radikal rechts, sondern auch politisch unerfahren ist. „Die Partei hatte kein Programm vorgelegt, sondern ließ über die Asylpolitik in Berlin abstimmen. Auch in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ist das die Wahlkampfstrategie“, erklärt Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Ursula Birsl.

Am Sonntag haben die Wählerinnen und Wähler darüber zu entscheiden, wer ihre Interessen in den Parlamenten verantwortungsbewusst vertreten kann. Rechtspopulisten sei das jedoch kein Anliegen, so die Forscherinnen und Forscher vom Rat: „Sie leben von Verschwörungstheorien und Untergangsszenarien und thematisieren soziale Probleme, für die sie keine Lösungen anbieten.“ Die AfD verfolge ein autoritäres und zum Teil marktradikales Programm, das sich selbst gegen die eigenen Anhängerinnen und Anhänger wende: „Um die Belange derer, die sie unterstützten, geht es der Partei nicht“, so Ursula Birsl.

Der Rat für Migration ruft die Landesregierungen auf, sich deutlich vom nationalistischen und antidemokratischen Diskurs der AfD abzugrenzen sowie diejenigen zu stärken, die sich gegen Rechts engagieren und Geflüchtete unterstützen. Der Rat erhebt hierzu 5 Forderungen:

1. Die Länder sollten ihre Möglichkeiten im Bundesrat stärker nutzen:
 - Durch die Asylrechtsverschärfungen auf deutscher und Kompromisse auf europäischer Ebene ist der Flüchtlingsschutz faktisch weitgehend außer Kraft gesetzt. Die Länder sollten hier im Bundesrat gegensteuern – etwa beim „Asylpaket II“.
 - Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz, das auf aktuelle Herausforderungen eingeht und klare Strukturen schafft. Die Länder sollten hierzu eine Gesetzesinitiative auf den Weg bringen.
2. Wir brauchen einen Konsens für Vielfalt in der Gesellschaft: Verantwortliche Akteure in Politik, Zivilgesellschaft und Medien müssen auch weiterhin deutlich gegen Rechtspopulismus und ausgrenzenden Nationalismus Position beziehen.
3. Antidiskriminierungspolitik und Engagement gegen Rassismus müssen konsequent als Bereiche der Integrationspolitik verstanden und entsprechend gefördert werden. Hierfür müssen die Länder:
 - verantwortliche Konzepte entwickeln, die Geflüchtete und zivilgesellschaftlich Aktive vor hassbasierten Taten schützen
 - öffentliche und freie Träger im Bereich der politischen Bildung stärker fördern.
4. Strukturschwache Kommunen, die hohe Integrationskosten tragen, müssen schneller und besser gefördert werden. Kommunen, die vorbildliche Willkommenskulturen leisten, sollten durch einen Stiftungsfonds besonders unterstützt werden.
5. Integrationspolitik sollte nicht nur auf Einwandernde beschränkt diskutiert werden. Deshalb sind mehr Investitionen in das allgemeine Bildungssystem notwendig: Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen müssen die notwendigen personellen und finanziellen Mittel erhalten, um sozialintegrative Konzepte zu entwickeln und umzusetzen.

Der Rat für Migration (RfM) ist ein bundesweiter Zusammenschluss von über 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen. Seine zentrale Aufgabe sieht der RfM unter anderem darin, politische Entscheidungen und öffentliche Debatten über Migration, Integration und Asyl kritisch zu begleiten. Er ist außerdem Projektträger vom „[Mediendienst Integration](#)“.